

Agrarpolitische Empfehlungen der Agrarallianz - Nationalrat - Sommersession 2024

IP-SUISSE und Mutterkuh Schweiz äussern sich grundsätzlich nicht im Detail zu politischen Vorstössen.

Nummer	Art	Titel	Urheber	Status	Behandlungsdatum	Bedeutung	Position Agrarallianz	Begründung
21.39	Mo	Transparenz in der Tierverkehrsdatenbank	Dettling	Von beiden Räten behandelt	30.05.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, im Landwirtschaftsgesetz eine Grundlage zu schaffen, damit in der Tierverkehrsdatenbank das Schlachtgewicht und die Taxation gemäss CH-TAX der Tiere mit Einzeltieridentifikation (Tiere der Rinder-, Pferde-, Schaf- und Ziegengattung) erfasst und für die zwei letzten Besitzer des betreffenden Tieres einsehbar und abrufbar sind. Ebenso stehen diese Daten den Zuchtorganisationen der jeweiligen Tiergattung für ihre	Zustimmung	Diese Motion füllt mit der Vereinheitlichung der Meldevorschriften von Equiden und Schweinen an andere Tierarten eine Rechtslücke. Dies ist aus seuchenpolizeilichen Gründen und Bekämpfung von Missbräuchen (Wirtschaftsdelikte) relevant. Synergien mit den restlichen Tierarten werden den Mehraufwand längerfristig tief halten.
23.434	Pa.IV	Synthetische oder aus Stammzellen hergestellte Lebensmittel. Es braucht strenge Vorgaben	Nicolet	NR	27.05-13.06	Die Gesetzgebung soll dahingehend geändert werden, dass die Methoden zur Herstellung und Vermarktung von synthetischen oder aus Stammzellen produzierten Lebensmitteln geregelt und als solche Produkte ausgewiesen werden, sodass sie nicht mit den Produkten natürlichen Ursprungs verwechselt werden. Klare Gesundheitsvorschriften müssen festgelegt werden, bevor die Produktion oder der Import solcher Lebensmittel erlaubt wird.	Ablehnung	Das Lebensmittelgesetz bietet bereits eine Rechtsgrundlage, die gewährleistet, dass nur sichere Lebensmittel auf den Markt gebracht werden. Zudem zielt das Lebensmittelgesetz (LMG) nicht nur darauf ab, die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen, sondern diese auch vor Täuschung zu bewahren. Neuartige Lebensmittel, sogenannte «Novel Foods» dürfen gemäss Artikel 16 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) erst in Verkehr gebracht werden, wenn das EDI diese als sicher eingestuft hat oder das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) diese nach Artikel 17 bewilligt hat. Auch Fleischalternativen aus kultivierten tierischen Stammzellenkulturen unterstehen einer solchen Bewilligungspflicht.
22.42	Mo	Ausweitung der Deklaration von Palmöl auf Kosmetik, Reinigungs- und Waschmittel	Badertscher	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	30.05.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, für mehr Transparenz im Palmölgeschäft zu sorgen und die Pflicht zur Deklaration von Palm(kern)öl und seinen Derivaten und Fraktionen auf Non-Food Produkte auszuweiten.	Zustimmung	Eine grössere Transparenz im Palmölgeschäft ist aus Sicht der Landwirtschaft unterstützenswert. In der Schweiz gilt seit 2016 eine Pflicht zur Deklaration von Palmöl in Lebensmitteln. Die Deklarationspflicht beschränkt sich jedoch nur auf Lebensmittel. Sie schliesst Kosmetik, Kerzen, Farbe, Putz- und Waschmittel aus, obwohl sich ein beträchtlicher Teil des Palmöls in ebensolchen Produkten versteckt.
22.377	Mo	Wolf. Ein radikaler Kurswechsel ist dringend erforderlich	Quadri	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	11.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit die Anzahl von Wölfen in der Schweiz deutlich reduziert werden kann. Insbesondere sollten, in Verbindung mit nicht schützbaeren Alpen, Gebiete eingerichtet werden, die für Wölfe unzugänglich sein müssen.	Ablehnung	Die im Vorstoss gemachten Forderungen erachten wir nicht als sinnvoll. Arten wie der Wolf beanspruchen grosse Räume, ein solches Zonenkonzept wäre damit kaum umsetzbar. Wir verweisen ausserdem auf die zur Zeit laufende Vernehmlassung der Jagdverordnung, welche ein gut koordiniertes weiteres Vorgehen ermöglicht.
23.4	Mo	Endlich Taten statt schöner Worte bei der Bekämpfung von invasiven Organismen	Hegglin	Motion an Zweitrat	11.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, zur Bekämpfung von invasiven Organismen, namentlich der Kirschessigfliege und der asiatischen Hornisse wirksame Behandlungsmethoden umgehend schweizweit zuzulassen.	Ablehnung	Die Bekämpfung der Kirschessig-Fliege und der asiatischen Hornisse hat mit allen verfügbaren und verträglichen Massnahmen zu erfolgen. Eine Lockerung oder Ausnahmen der ChemRRV sind nicht notwendig.
23.4028	Mo	Sicherung der Insektenbestäubung insbesondere durch Wild- und Honigbienen	Hegglin	Motion an Zweitrat	11.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, die Bestäubung von Pflanzen nachhaltig zu sichern und wenn nötig die noch fehlenden gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen.	Zustimmung	Rund 80% der Kulturpflanzen sind für ihre Bestäubung auf Insekten angewiesen. Der Nutzwert der Bestäubungsleistung liegt laut Agroscope zwischen 205 bis 479 Millionen Franken pro Jahr. Die Motion verbessert die gesetzlichen Grundlagen, fokussiert dafür stark auf die Förderung der Imker (und ihrer Verbände).

23.416	Mo	Rasche Anpassung an den Klimawandel ist dringend	Fässler	Motion an Zweitrat	11.06.2023	Die beiden Räte hiessen die Motion 20.3745, Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes, am 10. März bzw. 1. Juni 2021 mit einer geringfügigen Änderung einstimmig gut. In der Folge fassten die beiden Räte die nötigen Finanzbeschlüsse im Umfang von total 100 Millionen Franken. Das BAFU und die Kantone nahmen danach die konkrete Umsetzung der Motion unverzüglich und zielstrebig an die Hand. Die gestützt auf die Motion 20.3745 beschlossenen und finanzierten Massnahmen werden Ende 2024 auslaufen. Der Bundesrat erachtet den vom Motionär geschilderten Bedarf grundsätzlich als nachvollziehbar und durch die Kantone bestätigt. Diese Mehrausgaben für den Umweltbereich sind jedoch nicht eingeplant und müssten	Zustimmung	Diese Mehrausgaben für den Umweltbereich sind gerechtfertigt, da es eine Anpassung des Waldes an den Klimawandel zur zukünftigen Sicherstellung der Waldfunktionen und -leistungen rasch voranzutreiben gilt.
24.301	Po	Optimierung der Nutzung der Ressource Energieholz	UREK-N	Im Rat noch nicht behandelt	11.06.2024	Erhöhung und Rationalisierung der Nutzung der Ressource Holz in der Schweiz, unter Berücksichtigung des Waldrechtes und der Artenvielfalt; Optimierung der Holznutzung bezüglich Geografie (Rationalisierung der Produktionskette), Technologie (Wärmeproduktion und Energieeffizienz) und Jahreszeit mit dem Ziel, einen breiteren Bedarf abdecken zu können, insbesondere im Bereich des Heizens.	Zustimmung	Ein Zusatzbericht, der darlegt, wie die Holzenergienutzung innerhalb der bestehenden Förderinstrumente an die Ressourcensituation angepasst werden könnte, wird von der Agrarallianz unterstützt.
23.39	Mo	Schweizer Wein in Schweizer Gaststätten!	Addor	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	13.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die nötigen gesetzlichen Grundlagen vorzulegen, damit die öffentlichen Gaststätten in unserem Land verpflichtet werden, in ihrem Weinangebot mindestens 50 Prozent Schweizer Wein zu führen.	Ablehnung	Es ist nicht Sache des Bundesrats, vorzuschreiben, wie gross der inländische Anteil an Produkten im Sortiment zu sein hat. Schweizer Wein soll durch Qualität und eine nachhaltige Produktionsweise die Konsumentinnen und Konsumenten überzeugen.
23.392	Mo	Stärkung der Bewässerung als Beitrag zur Ernährungssicherheit	Bregy	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	13.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen den Bedarf für die Erneuerung und den Ausbau der Infrastrukturen für eine sorgsame und effiziente Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen zu erheben und Vorschläge zur Finanzierung zu unterbreiten.	Ablehnung	Das BLW unterstützt bereits seit vielen Jahren moderne Bewässerungssysteme mit A-fonds-perdu-Beiträgen (kofinanziert durch die Kantone) sowie Investitionskredite. Aus Sicht der Agrarallianz darf nicht einfach die Symptombekämpfung des Klimawandels im Vordergrund stehen, sondern vielmehr ein griffiger Klimaschutz kombiniert mit längerfristig funktionierenden Anpassungsmassnahmen.
24.303	Mo	Für eine wirkliche administrative Entlastung in der Landwirtschaft	Nicolet	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	13.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, rasch einen Entwurf vorzulegen, der die Kontrollpunkte im Zusammenhang mit den Direktzahlungsprogrammen und dem ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) in der Landwirtschaft um mindestens 50 Prozent reduziert, um den Bäuerinnen und Bauern angesichts der übermässigen administrativen Last, die sie erdrückt, eine schnelle	Ablehnung	Administrative Vereinfachungen sowohl bei Kontrollen als auch in anderen Bereichen sollen bereits vor 2030 geprüft und umgesetzt werden und dann auch mit der AP 30+ . Die Agrarallianz unterstützt dieses Vorgehen.
24.305	Mo	Die Landwirtschaft von den Freihandelsabkommen ausnehmen, um die Existenz der Bauernfamilien und der Akteure der regionalen Land- und Ernährungswirtschaft sicherzustellen	Nicolet	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	13.06.2024	In den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen sind landwirtschaftliche Fragen nicht immer einfach zu lösen. Die im Rahmen solcher Abkommen importierten Landwirtschaftsprodukte setzen die Akteure der Land- und Ernährungswirtschaft unter grossen Druck. Um dieser Situation ein Ende zu setzen und gleichzeitig unserer Exportindustrie zu ermöglichen, die Bedürfnisse des internationalen Markts zu befriedigen, wird der Bundesrat beauftragt, die Landwirtschaft von den Freihandelsabkommen auszunehmen.	Ablehnung	Die Schweiz ist auf Lebensmittelimporte für eine sichere Versorgung angewiesen. Die Agrarallianz setzt sich für eine Stärkung der Nachhaltigkeitskriterien bei Freihandelsabkommen ein.
24.306	Mo	Erweiterung der "Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050"	Bregy	Bundesrat beantragt Ablehnung der Motion	13.06.2024	Der Bundesrat wird beauftragt, basierend auf Art. 185 BV i.v.m. Art. 104 a, einen Plan zu erarbeiten und Massnahmen zu definieren, welche die landeseigene Ernährungsbasis stärken, insbesondere im Bereich der Infrastrukturen und Aufwertung von Böden muss investiert werden, um die Ertragssicherheit der Fruchtfolgeflächen zu erhalten und zu	Ablehnung	Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion mit den bestehenden Grundlagen und den vorliegenden Aufträgen als abgedeckt. Das Parlament wird im Rahmen der genannten Vorlagen über Zeitpunkt, Umfang und Finanzierung allfälliger Massnahmen entscheiden können. Die Agrarallianz unterstützt dieses Vorgehen.